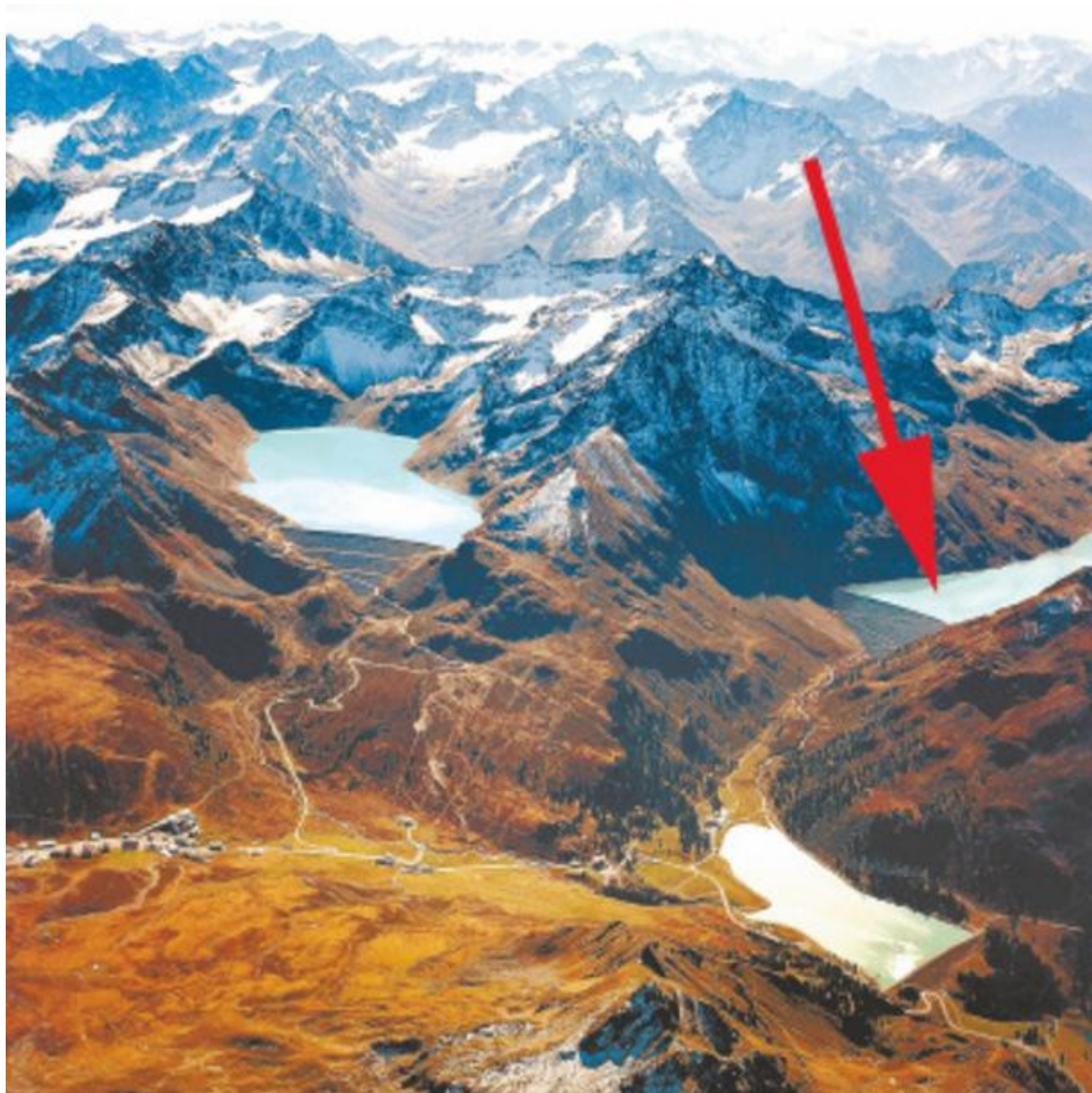


Regierung legt Volksaktie für Kraftwerksprojekte auf

Bei der Klausur in Vill präsentiert die VP den Fahrplan für den Ausbau der Wasserkraft, die SPÖ stellt Pflege und Wohnbau in den Mittelpunkt.



2014 soll der Baubeginn für die Erweiterung des Kraftwerkes Sellrain-Silz sein. Die Tiroler können sich dann eine Anleihe kaufen. Fotomontage: Tiwag

Foto: REDAKTION

Von Anita Heubacher

Innsbruck – Am Grillhof in Vill bei Innsbruck werden heute die heißen Themen der Landespolitik diskutiert. ÖVP und SPÖ ziehen sich zur Klausur zurück.

Neben Dauerbrennern wie dem Budget, dem Innsbrucker Stadtrecht und der Landtagswahlordnung stellt die

ÖVP die Energiefrage in den Mittelpunkt. Und da kommt jetzt die Idee einer Volksaktie auf den Tisch. Die „Tiroler Wasserkraftanleihe“ kann demnach bei Baubeginn von mittleren und den geplanten großen Projekten gezeichnet werden. Geht es nach den Wünschen des Landeshauptmannes sollen „am besten die heimischen Geldinstitute“ die Anleihen auflegen. „An den internationalen Finanzmärkten geht es drunter und drüber. Mit der Anleihe wollen wir eine regionale Alternative anbieten“, erklärt LH Günther Platter (VP) gegenüber der TT.

Die Landesregierung würde damit wohl zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Die Finanzierung wird um eine Facette reicher und diejenigen, die sich eine Anleihe leisten, würden sich wohl mehr mit dem Projekt identifizieren.

Ein neues Modell will die ÖVP auch den Gemeinden vorlegen. Die bisherigen Talverträge, in denen die Tiwag den Gemeinden die Nutzung der Wasserkraft abgegolten hat, werden laut LH Platter aufgewertet. „Die Gemeinden sollen auch am Erfolg beteiligt werden.“ Dieses neue Modell würde ebenso bei bereits bestehenden Kraftwerken angewandt. „Die Tiwag schüttet dann im Schnitt um 50 Prozent mehr aus“, erklärt Platter. Insgesamt bedeute dies ein Plus von einer Million Euro für die Gemeinden. „Beim Ausbau von Sellrain/Silz und Kaunertal sind es zusätzliche 1,6 Millionen Euro.“

Bei der Wasserkraft schwimmt die SPÖ mit, „wenn der Ausbau im Einklang mit der Natur geht“, meint SP-Chef Hannes Gschwentner. Eine Anleihe ist aus seiner Sicht „ein logischer Schritt“.

Weniger reibungslos wird heute wohl das Thema Pflege abgehandelt. Bereits im Vorfeld hatte die VP Soziallandesrat Gerhard Reheis (SP) via Medien mitgeteilt, dass es keinen Cent mehr im Sozialbudget gebe. Umschichten lautete die Devise Platters. Davon hält Reheis gar nichts, „weil alle Mittel verplant sind“. Man könne nur einer bedürftigen Gruppe etwas wegnehmen, um es einer anderen zu geben. „Dann soll der Landeshauptmann sagen, wer das Opfer sein soll“, meint Reheis. Tatsächlich ist für das Sozialbudget im so genannten Budgetpfad ein Plus von drei Prozent vorgesehen. Dem gegenüber stehen die Wünsche der Bürgermeister nach 600 bis 800 zusätzlichen Pflegebetten. Außerdem würde das vorgesehene Plus im Budget von den Lohnerhöhungen für das Pflegepersonal aufgefressen, erklärt der Soziallandesrat. Die SPÖ will da hart bleiben und nachverhandeln.

Neben der Pflege ist das Thema Wohnbauförderung das zentrale Anliegen der SPÖ. Bei den Darlehen will Gschwentner den Hebel ansetzen. Die Zinssprünge gegen Ende der Darlehen will er verflachen. „Das Land bekommt zwar weniger Geld, die Leute können dann aber in den Wohnungen bleiben.“ Schon einmal hat Gschwentner diese Begradigung vorgenommen. „Jetzt sind die Darlehen dran, die 1991 und 1993 aufgenommen wurden.“